

Indonesien

Reformen im Wassersektor

Die RWE-Tochter Thames Water rehabilitiert die Wasserversorgung in Jakarta

Für Frankfurter Rundschau

Von Uwe Hoering, November 2001

Länge: 6.200 Zeichen

Jakarta sinkt. Im Geschäftszentrum um die Jalan Thamrin sind es einige Zentimeter im Jahr, im Norden, im Hafen- und Industriegebiet, weit mehr. In den niedrig liegenden, küstennahen Stadtteilen nehmen Überschwemmungen zu, klagen die Bewohner. Der Grund: Der Grundwasserspiegel ist in den vergangenen 14 Jahren um fast zwanzig Meter gesunken. Betriebe und Haushalte haben eigene Brunnen und pumpen die Wasservorräte leer.

Die Stadtwerke, PDAM, kamen beim Ausbau des Versorgungssystem mit dem Wachstum der heute 12-Millionen-Metropole nicht nach. Korruption, Missmanagement und niedrige Wasserpreise verhinderten die notwendigen Investitionen. Bestenfalls die Hälfte aller Haushalte hat einen Wasseranschluss, nur zwei Prozent sind an die Kanalisation angeschlossen. Das Netz, das weitgehend noch aus der holländischen Kolonialzeit stammt, ist leck, Ventile und Verteiler verrostet, der Wasserdruck niedrig. Die Abwassersituation ist noch dramatischer. Aus unzulänglichen Sickergruben gelangen Fäkalien ins Grund- und damit ins Trinkwasser, Betriebe und Haushalt leiten ihre Abwässer direkt in Kanäle und Flüsse.

Um die Wasserversorgung im östlichen Teil Jakartas zu sanieren, unterzeichnete Thames Pam Jaya (TPJ), Tochter des drittgrößten globalen Wasserkonzern Thames Water, 1997 einen Vertrag mit 25 Jahren Laufzeit. Um den Auftrag zu bekommen, musste TPJ als Morgengabe den ältesten Sohn von Präsident Suharto als Juniorpartner akzeptieren. In der westlichen Stadthälfte avancierte ein langjähriger Suharto-Vertrauter zum Partner des französischen Mischkonzerns Suez, der Nummer 1 auf dem Weltwassermarkt, der den Zuschlag bekam – wie TPJ ohne Ausschreibung.

Seitdem werden Rohre repariert, neue Leitungen verlegt, Wasserzähler installiert und der Gebühreneinzug computerisiert. Über 500 Kilometer Leitungen und 40.000 neue Anschlüsse seien gelegt worden, meldet TPJ. Damit bleibt TPJ allerdings hinter den Vorgaben, bis 2002 70 Prozent aller Haushalte anzuschließen und die Wasserverluste von über 50 Prozent auf 35 Prozent zu reduzieren, deutlich zurück. Lecks und Unterbrechungen der Wasserversorgung sind nach wie vor häufig.

Insbesondere in den ärmeren Stadtteilen kommt der Ausbau nur langsam voran: Selbst wenn sich mehrere Familien zusammentun, ist ein Anschluss an die Hauptwasserleitung für viele nicht erschwinglich. Und wer keinen Anschluss hat, profitiert auch nicht von den niedrigeren „sozialen“ Preisen für Kleinverbraucher. Die aufwendige, kostspielige

Abwasserentsorgung hat sich Thames Water gar nicht erst ans Bein gebunden.

Allerdings scheint TPJ keine rechte Freude an seinem Versorgungsvertrag zu haben. Die laufenden Kosten werden durch die Tarife nicht gedeckt, klagt TPJ-Direktor Rhamses Simanjuntak. Von den Gebühreneinnahmen bekommt zuerst die Stadt ihren Anteil. Zahlungen an TPJ, so Simanjuntak, werden teilweise in die Zukunft verschoben.

TPJ hat ein grundsätzliches Problem. Mit dem Sturz Suhartos, dem prominentesten Opfer der Asienkrise, verlor das Unternehmen den Patron. Der neue, demokratisch gewählten Stadtrat forderte Nachbesserungen: Die städtischen Wasserwerke wurden übernommen, eine Schlichtungsstelle für Verbraucherbeschwerden eingerichtet. Vor allem sicherte sich die Stadt die Kontrolle über die Tarife und achtet darauf, dass sie nicht zu sehr steigen. „Tarife sind ein politisches Produkt“, weiß Rhamses Simanjuntak.

Aber auch die privaten Brunnen von Hotels, Behörden, Betrieben und Haushalten bereiten dem TPJ-Direktor Sorgen. Sie mindern den Absatz von Wasser und damit die Möglichkeiten für Investitionen. Gleichzeitig sinkt der Grundwasserspiegel weiter.

Dass das reine Wassergeschäft die Betriebskosten nicht deckt, bedeutet allerdings nicht, dass TPJ keine Möglichkeiten hätte, auf seine Kosten zu kommen. Forderungen an die Stadt sind aufgeschoben, aber nicht aufgehoben. Irgendwann, so die Prognosen, werden daher auch die Tarife drastisch steigen müssen. Anfangsverluste können zudem unter „Akquisitionskosten“ abgebucht werden. Langfristig, so wissen die Manager aus Erfahrung, ist der Wassersektor höchst profitabel.

Die Asienkrise 1997 hat die Krise im indonesischen Wassersektor beschleunigt. Innerhalb kurzer Zeit sank der Wert der indonesischen Rupiah gegenüber dem Dollar auf fast ein Zehntel. Dollar-Kredite, die die kommunalen Betriebe aufgenommen hatten, konnten nicht mehr bedient werden. Ein „Rettungsprogramm“, das Weltbank und Asiatische Entwicklungsbank als Vorbedingung für weitere Millionen-Kredite verlangen, fördert inzwischen eine breite Privatisierungswelle.

Ob die Beteiligung privater Unternehmen die Probleme löst, ist allerdings noch nicht ausgemacht. Investoren sind vor allem an den „Filetstücken“ interessiert, die sich wirtschaftlich rechnen, wie die Versorgung von Industrie, Hafen oder wohlhabenderen Wohngebieten. Kleinere Städte und ländliche Regionen sind kaum lukrativ. Und viele, gerade kleinere kommunale Versorgungsunternehmen sind so marode, dass ein Engagement unattraktiv ist.

Trotzdem setzt man bei PERPAMSI, dem Dachverband der lokalen Wasserversorger, auch weiterhin auf die kommunalen Unternehmen und ihre Reform, zum Beispiel durch „twinning-Arrangements“. So haben zehn holländische Kommunen zehn Partner-Kommunen in Indonesien mit Beratung und Geld unterstützt, wie sie die Versorgungsbetriebe sanieren können. Aus einer Position der Stärke heraus, so Foort Bustraan, Berater bei PERPAMSI, können Städte und Gemeinden bei

Ausschreibungen von Aufträgen für private Unternehmen dann günstigere Konditionen aushandeln.

Dass die Probleme auch ohne private Investoren gelöst werden können, beweisen mehrere kleinere kommunale Wasserversorger. Durch besseres Management, die Verringerung von Betriebskosten und einen Zusammenschluss zu wirtschaftlichen Unternehmen ist es ihnen gelungen, ihren Betrieb zu retten. Durch die politische Dezentralisierung nach dem Ende der Suharto-Ära und die Stärkung lokaler Parlamente hat sich zudem die Kontrolle durch die Öffentlichkeit verbessert. Die Möglichkeit, die Betriebe wie in der Vergangenheit als politische Pfründe zu missbrauchen, ist dadurch geringer geworden.